

Thema

Anderorts

# Ein Volksaufstand für alle und jeden

Ist Geschichte nur ein Selbstbedienungsladen für Ideologen? Ein schönes Beispiel, wie sich Vergangenheit instrumentalisiert lässt, bieten die Interpretationen rund um den Ungarn-Aufstand 1956.

Gieri Cavelti

Bei seinem Besuch in Budapest schwärmte US-Präsident George W. Bush unlängst vom ungarischen Freiheitskampf vor 50 Jahren. Dass in Ungarn die Ansicht vorherrscht, die USA hätten die Aufständischen von damals im Stich gelassen, steht auf einem anderen Blatt. Tatsächlich wissen wir heute, dass es sich bei der amerikanischen Roll-Back-Rhetorik, der Forderung nach der «Niederwalzung» des Kommunismus, um eine leere Drohung handelte. Zu keinem Zeitpunkt im ganzen langen Kalten Krieg hegten die USA je den Gedanken, in das Hoheitsgebiet der Sowjetunion einzugreifen. George W. Bush war denn auch gar nicht an einer wirklichen Auseinandersetzung mit den Ereignissen vor 50 Jahren gelegen. Ihm ging es lediglich darum, einen kühnen Vergleich zwischen dem ungarischen Freiheitskampf und den Vorgängen im Irak nach dem Sturz von Saddam Hussein zu ziehen. Bushs Lob der ungarischen Freiheitskämpfer war ein Lob auf den Freiheitskämpfer Bush.

Eigenwillige Interpretationen der Vorgänge vom Herbst 1956 kennen wir auch aus Ungarn selbst. Dort ist die Erinnerung an die Revolution zum Zankapfel zwischen Linken und Nationalisten geworden: Jeder versucht sich

als der wahre Erbe der Volkserhebung in Szene zu setzen.

Ihre Meinung zu Ungarn haben auch zwei Schweizer Bundesräte kundgetan. Justizminister Christoph Blocher betreibt in seinem Vorwort zu einem soeben erschienenen Gedenkbuch über den Aufstand Polemik gegen die Linke. Aus seiner Sicht wollten die Ungarn «das Ende der sozialistischen Knechtschaft herbeiführen». Blocher suggeriert damit, 1956 habe eine bürgerliche Revolution stattgefunden. In Wirklichkeit indes kämpften die Ungarn, Kommunisten inklusive, gegen einen äusseren Feind, die Grossmacht Sowjetunion. Imre Nagy, der während des Volksaufstandes zum Ministerpräsidenten ernannt worden war und zum Symbol des ungarischen Freiheitsstrebens avancierte, war Patriot und Kommunist. Sein Ideal war ein «nationaler und menschlicher Sozialismus».

## Ein Bericht wird entschärft

Einen anderen Fokus bei ihrer Würdigung der historischen Ereignisse hat diese Woche Micheline Calmy-Rey gewählt. An einer Veranstaltung zu Ehren der Aufständischen lobte die Ausserministerin die grosszügige schweizerische Flüchtlingspolitik und leitete aus dieser humanitären Geste – argumentativ ebenfalls sehr grosszügig – eine Art Präjudiz für die von ihr propagierte «aktive Neutralität» ab.

Dass sich die stolze Leistung bei der Ungarn-Hilfe politisch instrumentalisieren lässt, wusste im Übrigen bereits der Bundesrat von damals: Mitte der 1950er Jahre wurden die Schweizer Behörden im Ausland beschuldigt, sie hätten bei der Vernichtung der europäischen Juden durch die Nationalsozialisten eine aktive Rolle gespielt. Die allgemeine Aufregung über diese Behauptung veranlasste den Bundesrat

dazu, den Basler Strafrechtsprofessor Carl Ludwig mit der Darstellung der Schweizer Flüchtlingspolitik seit dem Jahre 1933 zu beauftragen. Mit der Veröffentlichung von Ludwigs wenigstens teilweise unrühmlichen Ergebnissen tat sich die Landesregierung dann aber schwer. 1957 war die Publikation plötzlich kein Problem mehr: Ludwigs Untersuchung wurde jetzt ein Bericht über den grossherzigen Umgang mit den grossen Flüchtlingen angehängt. Das humanitäre Handeln im Herbst 1956 bot die wunderbare Gelegenheit, die Versäumnisse und Fehler in der Zeit des Zweiten Weltkrieges sozusagen wettzumachen.

## «Pogrom von Thalwil»

Und von einer weiteren Instrumentalisierung von Geschichte im Zusammenhang mit Ungarn 1956 soll hier die Rede sein: Es geht um die Darstellung der Ausschreitungen gegen den kommunistischen Kunsthistoriker Konrad Farner und die Bezeichnung dieser Übergriffe als «Pogrom». Nach der Niederschlagung des Volksaufstandes in Ungarn durch die Sowjetunion waren die wenigen Anhänger der UdSSR in der Schweiz für ihre Mitbürger ein rotes Tuch. Am Abend des 16. November 1956 versammelte sich eine aufgebracht Menschenmenge vor Farners Haus in Thalwil. In Sprechchören forderten die Leute Farners Tod – es herrschte also durchaus eine Pogromstimmung. Was es allerdings nie gegeben hat, war das «Pogrom von Thalwil». Der Begriff «Pogrom» nämlich suggeriert, dass es zu Toten gekommen ist. Das war in Thalwil glücklicherweise nicht der Fall. Nichtsdestotrotz findet sich das Schlagwort vom «Pogrom von Thalwil» in einigen eigentlich doch seriösen geschichtswissenschaftlichen Arbeiten.

Das Wort «Pogrom» zur Bewertung der Ereignisse in Thalwil stammt aus dem Sprachgebrauch der Schweizer Kommunisten. Schon unmittelbar vor der Kundgebung in Thalwil hatte die kommunistische Zeitung «Vorwärts» den Begriff «Pogromstimmung» zur Beschreibung des antikommunistischen Klimas vor dem Hintergrund der Ungarn-Krise gewählt. In diesem Sinne wurden im «Vorwärts» auch die Übergriffe gegen Konrad Farner konsequent als «Pogrom» bezeichnet. Den personnel und moralisch geschwächten Kommunisten diente das starke Wort «Pogrom» zur Ausbildung einer Gruppen- und Opferidentität. Beim breiteren Publikum ausserhalb des kleinen Kreises der kommunistischen Partei der Arbeit (PdA) populär wurde der Begriff «Pogrom» durch Walter Matthias Diggelmanns 1965 publizierten Roman «Die Hinterlassenschaft». Darin werden die Krawalle in Thalwil neun Jahre zuvor mit vermeintlich dokumentarischer Genauigkeit geschildert. In Wahrheit jedoch stellte der Farner-Vertraute Diggelmann die Ereignisse weit zugespitzter dar, als sie sich in der Realität zugetragen hatten.

In der Interpretation von Vergangenheit spiegelt sich der Betrachter wider. Diese Erkenntnis ist nicht neu, aber es ist wichtig, sie hin und wieder zu betonen – und die vielen Geschichten rund um den Ungarn-Aufstand 1956 bieten dafür eine gute Gelegenheit. Die Beschäftigung mit diesen verschiedenen Lesarten zeigt freilich noch etwas: Die Versuchung zur Verfälschung und Instrumentalisierung von Geschichte ist immer sehr gross. «Geschichte ist ein Rauschmittel», schreibt der Literaturwissenschaftler Peter von Matt. «Sie gehört zu den grossen Drogen der Menschheit.» Drogen aber drohen stets missbraucht zu werden.

## Bio für Kosmonauten



Christian Weisflog, Moskau

Wenn ich das Wort Bio höre, denke ich an Birkenstock-Latschen oder an «Chörnli»-pickende Alt-Achtundsechziger. Seit aber in Moskau kürzlich der erste Bio-Supermarkt seine Türen geöffnet hat, weiss ich: Bio ist nicht gleich Bio. Bio in Moskau ist BMW oder gar Bentley, nicht Deux-Chevaux oder Drahtesel. Bio in Moskau ist Luxus und Lifestyle, nicht Reformhaus oder ökologische Revolution. Die grosse Mehrheit der Russen muss dagegen immer noch zufrieden sein, wenn es für das tägliche Brot reicht. Für sie hat Bio vermutlich keine Bedeutung, auch wenn die Kartoffeln aus Eigenanbau nichts anderes als Bio sind. Und ausserdem: Nestlé und Coca-Cola sind in Moskau noch etwas Neues, die McDonalds-Moderne etwas Wunderbares. Das Wissen um echte Qualität und Genuss aber bleibt einer Minderheit vorbehalten. Zu schmecken, wie ein rezentes Stück Gruyère auf der Zunge zergeht, ist ein Privileg.

Das Revolutionäre entwickelt sich in Russland selten aus der Gesellschaft heraus. Es kommt entweder aus dem Kreml oder aus dem Westen oder beides. Und so werden denn auch sämtliche Produkte im ersten russischen Bio-Supermarkt aus Europa importiert – bis auf die Eier. Diese werden immerhin vom Zulieferer des russischen Präsidenten produziert. Selbst bei der Bio-Produktion scheint in Russland nicht das Gesetz, sondern der Präsident das Mass aller Dinge zu sein. Eine Regelung für die Zertifizierung gibt es nicht. Wenn «Bio» drauf steht, muss deshalb nicht Bio drin sein. Ausser man kauft im ersten Bio-Supermarkt Russlands ein, der sogar seinen Namen aus dem Westen importiert hat: «Grünwald» heisst das von einem russischen Bankier aus Liebhaberei geschaffene Baby.

Bio ist hierzulande etwas für Sprachgewandte: Deutsch und Französisch sind vorausgesetzt, will man im «Grünwald» nicht das Kürbiskernmit dem Sesamöl verwechseln oder den Kindern die «Krümelmonster» anstatt die «Quietsche-Ente-Kekse» nach Hause bringen. Ob die Kunden wissen, was sie kaufen, wenn Bio darauf steht? Vermutlich interessiert sie das auch nicht. Bio ist in Russland etwas für Besserverdiener: Bio sind Äpfel mit Flecken für 8 Dollar das Kilogramm, Schweizer Maréchal-Käse für über 30 Dollar das Kilogramm oder ein Massageöl mit Rosenaroma für rund 80 Dollar.

Nicht zuletzt ist Bio in Russland etwas für Heimweh-Europäer: Wer mit der überfüllten Moskauer Metro in den Aussenbezirk gefahren ist und auf dem Fussweg entlang eines dicht befahrenen Prospekts die beissenden Abgase eingeatmet hat, betritt den Bio-Supermarkt wie ein Wüstenwanderer eine Oase. In dieser heilen Konsumwelt gibt es Olivenöle und Frühstücksmüsli in allen Varianten, ausgestellt in hellen Holzregalen. Der Duft von frisch gebackenem Brot hofiert den Appetit. Ein Bio-Weinkelker und ein Schönheitssalon komplettieren das Angebot. Der «Grünwald» in Moskau erscheint wie ein Delikatessen-Geschäft auf dem Mond. Der Andrang hält sich in engen Grenzen, und der Kunde fühlt sich zwischen den Regalen so einsam wie ein Kosmonaut in der Kapsel.

## Rückspiegel

### Katars Dollarregen in der Literatenwüste

Wie kürzlich bekannt wurde, will das Emirat Katar künftig jährlich einen mit drei Millionen Dollar dotierten internationalen Literaturpreis vergeben. Laut dem Vorsitzenden des Nationalen Kulturrats, der den Preis ausschreiben will, sei es der Wunsch Katars, «insbesondere die Romanliteratur zu fördern».

Das kleine Emirat am persischen Golf, das bisher vor allem mit Erdöl, dem TV-Sender Al-Dschasira und dem Einkauf von afrikanischen Weltklasseläufern von sich reden machte, scheint plötzlich ein Faible für die Romanliteratur zu entwickeln. Bislang unklar ist, wie das Preiskomitee einen Schriftsteller von Weltrang auszeichnen will, wo doch Werke der Weltliteratur kaum eine Chance haben, jemals ins Arabische übersetzt zu werden. (pjh)



(epa)

## So unbeweglich wie Boliviens Justiz

Zwei der Häftlinge im Gefängnis Abra in Bolivien, die sich aus Protest gegen die Justiz ihres Landes bis zum Hals eingraben

liessen, sind unser Bild der Woche. In Bolivien sollen derzeit 70 Prozent der Häftlinge auf ihre Verurteilung warten. (zl)